

plattlich 12116
in Württemberg Nr. 12,
ausg. Nr. 12.46
...
Gegründet 1877.



Die 12spaltige Zeile
über deren Raum
50 Bl. Die Re-
klamengeld ober be-
zogen Raum 1.50 RM.
...
Verantwortlicher
Herrmann

Schwarzwälder Tageszeitung. Für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 180 Druck und Verlag in Württemberg. Mittwoch, den 4. August. Amtsblatt für den D.-U.-Bezirk Nagold. 1920.

Der Abbau der Zwangswirtschaft.

W.L.B. Berlin, 3. Aug. Beim Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben unter Leitung des Ministers Dr. Hermes in Gegenwart des Staatssekretärs beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung Besprechungen mit den Ernährungsministerien von Bayern, Württemberg und Hessen stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezogen. Die eingehenden Verhandlungen ergaben den einheitlichen Willen, den Abbau der Zwangswirtschaft gemeinsam durchzuführen. Hinsichtlich des Brotgetreides herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die strengste Bewirtschaftung und die schärfste Erfassung durchgeführt werden müsse und daß hier keinerlei Abänderung getroffen werden dürfe. Die baldigste Schaffung ausreichender Reserven ist eine der wichtigsten Aufgaben der Ernährungswirtschaft. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft sagte den Ländern die Möglichkeit zu, sich über die Einfuhrmengen dauernd zu unterrichten. Auch bei Milch, Butter, inländischem Käse soll keinerlei Änderung eintreten. Für Obstfrüchte soll die Aufhebung der Bewirtschaftung erfolgen. Ueber die Bewirtschaftung oder die Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß in der ersten Hälfte des August gefaßt werden. Falls sich eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zweckdienlich bezeichnet. Die Fleischbewirtschaftung könne im Herbst ihr Ende erreichen. Mit allem Nachdruck ist die Einfuhr und, wenn möglich, Verbilligung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Reis ist sofort freizugeben. Die Fleischkarte soll sofort aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt werden. Bei den Schlachtviehpreisen wurde eine Ermäßigung von durchschnittlich 40 Mk. für den Zentner Lebendgewicht unter Einführung einer neuen Klasse für geringwertiges Vieh mit einem Preisfuß von 980 Mark gefordert. Die Zwangswirtschaft des inländischen Fleisches soll einheitlich und gleichzeitig für ihre gesamten Gebiete im Herbst erfolgen, aber keine vorzeitige oder besondere Freigabe einzelner Vieharten oder innerhalb einzelner Länder entgegenstehende Anordnungen werden rückgängig gemacht. Die Reichsregierung wird mit der heute nicht vertretenen badiischen Regierung hierüber verhandeln. Die Freigabe der Margarine wird gutgeheißen. Die Bewirtschaftung des inländischen Schmalzes soll mit der Freigabe des Fleisches aufhören. Die Zwangsbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrecht erhalten, die Preise sollen möglichst niedrig bemessen werden. Die Einfuhr von nicht bewirtschafteten Nahrungsmitteln (z. B. Salzheringen) wird möglichst sofort freigegeben. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft wird mit allen Mitteln dafür einsehen, daß im neuen Wirtschaftsjahr wenigstens eine Stabilisierung der Dünge- und Düngemittelpreise erreicht wird, ohne eine Senkung der Düngemittelpreise aus dem Auge zu verlieren. Von Kriegsgesellschaften sollen nur diejenigen weiter bestehen bleiben, welche die Hauptbewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben. Aber auch innerhalb dieser wird eine mögliche Vereinfachung und Verbilligung angestrebt.

Die Denkschrift über die Finanzlage.

Am Reichstag ist vom Reichsfinanzminister Dr. Brüch eine Denkschrift über die Finanzlage des Reichs übergeben worden. Gegenüber den Schätzungen, die vor Jahresfrist in der Denkschrift über den künftigen Finanzbedarf des Reichs gegeben worden sind, stellt sich gegenwärtig der Finanzbedarf des Deutschen Reichs wesentlich höher und die Finanzlage Deutschlands damit erheblich schwieriger. Hatte man im Sommer 1919 angenommen, daß der laufende Steuerbedarf des Reichs sich auf etwa 10 1/2 Milliarden belaufen würde, so zeigt sich jetzt ein Bedarf von rund 25 Milliarden an laufenden Einnahmen. Der Denkschrift ist ein kurzer Rückblick auf die Entwicklung der Reichsfinanzen seit 1913 beigegeben. Das Rechnungsjahr 1920 kann für die Reichsfinanzen als das erste Friedensjahr seit 1913 angesehen werden. Das ist nicht in dem Sinn zu verstehen, als ob man wieder eine hinreichende Sicherheit unserer Finanzlage eingetreten sei. Die mannigfachen Verpflichtungen aus dem Krieg, dem Waffenstillstand und dem Friedensvertrag werden nicht nur alle künftigen Haushalte Deutschlands

lasten, sondern werden auch zu einer weiter steigenden Verschuldung Deutschlands führen müssen.

In der Denkschrift heißt es weiter: „Was aber notwendig ist, wenn wir wieder zu gesunden, finanzpolitischen Verhältnissen kommen wollen, das ist in erster Linie eine möglichst weitgehende Klarheit über die tatsächliche Lage unserer Finanzen. Dazu gehört die Abkehr von der Kriegsjahreswirtschaft, die schon 1919 angebahnt worden ist, und die Rückkehr zu dem alten Grundsatz jeder gesunden Finanzwirtschaft, daß die Ausgaben für die einzelnen Zwecke besonders ausgeworfen und verordnet werden und daß die nötigen Einzelmaßnahmen vorgenommen werden.“

Zusammenfassend ergibt sich für den Haushalt 1920 folgende vorläufige Uebersicht: Die Einnahmen aus Zöllen und Steuern, die Monopoleinnahmen und Ausfuhrabgaben, die Einnahmen aus dem Banknoten- und kleineren Anlagen sollen insgesamt 27,77 Milliarden Mark erbringen, darunter 2,9 Milliarden aus Steuern, die noch nicht bewilligt sind, und 3 Milliarden aus einmaligen Steuern. Die Ausgaben des ordentlichen Haushalts sind veranschlagt mit 27,77 Milliarden. Der außerordentliche Haushalt sieht zunächst 11,6 Milliarden Ausgaben vor. Dazu kommen noch aus den Betriebsverwaltungen Fehlbeträge von 12,9 Milliarden, die sich aber wohl auf 16 Milliarden oder noch mehr erhöhen werden. Die Gesamtausgaben des außerordentlichen Haushalts würden demnach 24,5 bis 27,6 Milliarden Mark betragen. Der Gesamtbedarf des außerordentlichen und ordentlichen Haushalts ist im vorläufigen Etat auf 52,3 bis 55,3 Milliarden angegeben, wovon rund die Hälfte durch Einnahmen des ordentlichen Etats Deckung finden soll.

Vor Jahresfrist ist die große Steuerreform in Angriff genommen worden. Obgleich die Verwirklichung rasch gefördert worden ist, wird es noch einige Zeit dauern, bis die finanziellen Auswirkungen der bisher geschaffenen Steuererlasse voll in Erscheinung treten. Bis dahin aber wachsen die Schulden und erhöhen die Finanznot des Reichs. Hatte der Schuldenstand am 31. März einschließlich der Verpflichtungen aus nicht diskontierten Schatzanweisungen 196,1 Milliarden betragen, so belief sich die Gesamtschuld des Reichs am 30. Juni 1920 auf 215 Milliarden, darunter 123,8 Milliarden fällige Schuld. Allein der Juni weist einen Gesamtbedarf an außerordentlichen Deckungsmitteln von 11,2 Milliarden auf. Diese Entwicklung ist geradezu verhängnisvoll. Die Hauptursache der Schuldzunahme im Juni liegt in dem Bedarf der Verkehrsverwaltungen. Die Post erforderte an außerordentlichen Deckungsmitteln eine Milliarde, die Eisenbahn an Zuschüssen zwei Milliarden und infolge der Uebernahme auf das Reich weitere sechs Milliarden.

Aus diesen Ziffern, so schließt die Denkschrift, spricht eine gewaltige Mahnung an das deutsche Volk, den Ernst seiner Lage voll zu erkennen und Regierung und Parlament mit allen Mitteln zu unterstützen, damit durch praktische Ausführung der Steuerreform eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs vermieden werden kann. Es geht um alles. Wenn wir der Finanznot nicht Herr werden, weil ein Teil des Volkes sich an den Papierreichtum klammert, so ist eine wirtschaftliche Katastrophe von ungeheurer Tragweite unvermeidlich. Die Folgen einer solchen wären nicht auszudenken.

Der Internationale Bergarbeiterkongress.

Am 2. August trat in Genf der Internationale Bergarbeiterkongress zusammen. Von deutscher Seite werden daran die in der Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossenen Verbände sich beteiligen, die rund 700 000 organisierte Bergarbeiter vertreten. Vom Mittelbergarbeiterverband gehören der deutschen Abordnung u. a. der Reichstagsabgeordnete Hue, der frühere Verbandsvorsitzende Sachsse (jetzt Geschäftsführer beim Reichsalliiertenrat), der Verbandsvorsitzende Abgeordneter Husemann und der Gewerkschaftssekretär Wilmann an, vom Gewerkschaftsbund christlicher Bergarbeiter Abgeordneter Imbusch, Abgeordneter Steeger, Syndikatsdirektor Karup, Syndikatsdirektor Bogelmann, Köln. Abgeordneter Harisch, Herzogenrath, das Mitglied des Reichswirtschaftsrats Johann Eijert, Bendorf, Generalsekretär Brauer, Köln, und der holländische Bezirksleiter des Gewerkschaftsbundes, Hints. Der holländische Gewerkschaftsbund ist durch Schmidt, Oberhausen, vertreten. Die Polen haben ebenfalls Delegierte benannt. Als Vertreter der tschechischen Bergarbeiter sind der

frühere Vorsitzende des Grubensteigerverbands, Werner, Berlin, sich der Abordnung anschließen.

Von den Belgiern ist für den Genfer Kongress die Wiederherstellung der internationalen Föderation und die Revision der Statuten beantragt worden. Ein britischer Antrag stellt die auf früheren internationalen Bergarbeiterkongressen wiederholt behandelte Frage der Verstaatlichung der Gruben erneut zur Erörterung. Die deutschen Verbände bringen den Antrag auf Einführung der Sechsstundenarbeit. Den Verhandlungen über diesen Antrag sieht man natürlich mit besonderer Spannung entgegen. Seine Ausföhrung auf dem Kongress sind vor der Hand noch recht zweifelhaft. Im Grundriss werden ihm wohl alle Kongreßteilnehmer geneigt sein. Angesichts der Weltkassennot wird man jedoch, bevor man an die Beschlußfassung herantritt, doch die Frage vorlegen, ob die Annahme und Unterzeichnung des deutschen Antrags im gegenwärtigen Augenblick wünschenswert erscheint. Für die Abgeordneten aus den Verbandsländern, insbesondere aus England, Frankreich und Belgien, werden auch noch sonstige Erwägungen, die nicht auf das politische Gebiet hinüberreichen, bei der Abstimmung ins Gewicht fallen. Ein anderer wichtiger Antrag, der ebenfalls von deutscher Seite eingebracht ist, betrifft die Schaffung eines internationalen Kohlenrats, dem die Ueberwachung und Regelung der Förderung und wohl auch der Kohlenverteilung zugewiesen werden soll. Ob im Zusammenhang mit den beiden deutschen Anträgen auch die Frage der deutschen Kohlenlieferungen an den Verband behandelt werden wird, wird von der Haltung der britischen, französischen und belgischen Delegierten abhängen. Nach dem Austritt der Belgier in der Vorparlament des internationalen Komitees, die im Februar d. J. in Brüssel stattgefunden hat, ist kaum anzunehmen, daß eine solche Stellungnahme so ausfallen wird, wie man es im deutschen Interesse wohl wünschen möchte.

Neues vom Tage.

Das Ultimatum der Eisenbahner zurückgegriffen.

Berlin, Nachdem Reichsfinanzminister Dr. Brüch nach dem Ultimatum und der Streikandrohung der Eisenbahner jede weitere Verhandlung mit den Eisenbahner entschieden abgelehnt und der Hauptausschuß des Reichstags ihm beigegeben hatte, haben die Eisenbahner das Ultimatum zurückgezogen. Darauf nahm der Ausschuß die Beratung wieder auf und es gelangte folgender Antrag zur Annahme: Die Mittel für den Reichslohnarif der Verkehrsarbeiter und für die sich daraus ergebenden Ausgleichszulagen für die Beamten sollen bewilligt werden, wobei das Reichsbeschuldungsgesetz bezüglich der Einführung gemäß den Beschlüssen in den Einzelstaaten nachgeprüft werden soll, soweit dies mit dem einheitlichen Aufbau der Reichsbeschuldungsordnung vereinbar ist.

Neubildung des badiischen Kabinetts.

Karlsruhe, 3. Aug. Nach den Vereinbarungen zwischen den Regierungsparteien wurde im Verfassungsausschuß des Landtags über die Neubildung des badiischen Kabinetts die Entscheidung getroffen: Ministerpräsident Geiß (Soz.) tritt aus der Regierung aus. Das Ministerium des Innern wird aufgelöst, seine Aufgaben übernimmt badienige Ministerium, das den Ministerpräsidenten stellt. Das Post- und Telegraphenwesen geht auf das Finanzministerium über. Das badiische Kabinett besteht demnach aus fünf Ministern: des Innern, der Justiz, des Kultus, der Finanzen und der Arbeit.

Krieg im Osten.

Warschau, 3. Aug. Auf das Eruchen des polnischen Generalstabs, die Feindseligkeiten während der Waffenstillstandsverhandlungen einzustellen, erwiderte die russische Veresleitung, sie habe dazu aus Moskau keinen Befehl. Den Polen fehlt Munition für die schwere Artillerie. Einige hundert Verbandsoffiziere sind aber Danzig-Thorn nach Warschau obgereist.

In Danzig werden in den nächsten Tagen größere Truppenbewegungen der Verbündeten erwartet. Englische Torpedoboote haben fast das ganze äußere Hafengebiet abgezurrt.

Dresden, 3. Aug. Polnische Agenten laufen in Schlesien heimlich Getreide auf, soweit sie erreichen können, und sie beziehen ihren Bedarf aus dem Ausland.



Paris, 3. Aug. (Savas.) Bolschewistischer Bericht vom 2. August. In der Gegend von Poma wurden die Ufer des Nodr und Naren überschritten. Im Westen von Bialystok wurde die Stadt Bialystok besetzt, ebenso die Station Bialyma. Im Norden von Kobrin haben die bolschewistischen Truppen den Widerstand des Feindes gebrochen.

Paris, 3. Aug. Nach dem „Matin“ hat der Oberste Rat die deutsche Regierung aufgefordert, Waffen und Munition, die in den nächsten Wochen ausgeliefert werden sollten, den Verbandskommissionen in Polen gegen Entschädigung zu übergeben.

Der Vorsitzende der deutschen Friedensabordnung hat der Friedenskonferenz mitgeteilt, daß die deutsche Regierung den Reichskommissar in Allenstein ermächtigt habe, nötigenfalls Reichswehr durch das Abstimmungsgebiet an die Grenze zu senden, vorbehaltlich der Entscheidung, die die Verbündeten später treffen könnten.

London, 3. Aug. In Syrien verläßt der aus Damaskus vertriebene Emir Feissal einen allgemeinen Aufstand gegen die Franzosen, die etwa 15 000 Mann stark sind, einzusetzen, der vielleicht auch nach dem Hejaz (Arabien) übergehen kann, da der König von Hejaz (der Vater Feissals) über das Vorgehen der Franzosen sehr erregt ist. (England hätte also die beste Gelegenheit, das von ihm neuerschaffene „Königreich“ Arabien ebenso besetzen zu annektieren, wie die Franzosen Syrien.)

Verchwörung in Algier?

Paris, 3. Aug. Zeitungsberichten zufolge wurde in Algier eine Verchwörung gegen Frankreich entdeckt, deren Haupt Emir Khabab, ein Nachkomme des Abd el Kabir, sein soll. (Emir Abd el Kabir von Mascara leistete den Franzosen bei deren Eroberung von Algier 1831 bis 1847 hartnäckigen Widerstand.)

Die dritte Internationale.

Moskau, 3. Aug. Auf dem Kongress der dritten Internationale erklärte Lenin, eine revolutionäre Partei, die vor Gewalt und Terror zurückschreckt, sei nicht lebensfähig. Der deutsche kommunistische Reichstagsabgeordnete Lewi sprach heftig dagegen, daß die Unabhängigen (U.S.B.) in die dritte Internationale aufgenommen werden. Der Unabhängige Däumig schloß die Schwierigkeiten der Partei in Deutschland. Stöcker (Unabh.) wies auf die Verschiedenheit der Verhältnisse hin. In Rußland gebe 2 Millionen revolutionärer Bauern, in Deutschland seien die Bauern gegen die Revolution.

Der Generalstreik in Jittau.

Jittau, 3. Aug. Die Eisenbahner haben heute morgen die Arbeit niedergelegt. Der gesamte Zugverkehr ruht.

Durch das Stilllegen der Elektrizitätswerke sind viele Fabriken und Werkstätten zur Arbeitslosigkeit gekommen.

Die Arbeit niedergelegt.

Zwinnmünde, 3. Aug. Wegen verzögerter Lohnforderungen hat das Personal der Heberlandzentrale Stralund die Arbeit niedergelegt. Ganz Vorpommern mit vielen Badeorten ist ohne Licht und Kraft. Die Zeitungen können nicht erscheinen. Der Streik hat auf das Betriebswerk in Zwinnmünde übergegriffen.

Die Engländer ziehen sich in Persien zurück.

London, 3. Aug. Die englischen Truppen in Nordpersien traten unter dem Druck der bolschewistischen Truppen den Rückzug auf Teheran an.

Aufhebung der Kartoffelbewirtschaftung.

Berlin, 3. Aug. Der volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstags hat mit 16 gegen 12 (Soz. und Unabh.) Stimmen die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft für Kartoffeln beschlossen. Auf Antrag des Zentrums soll das Reich einen Vorrat von 20 Millionen Zentnern sicherstellen. Die Anträge sind noch vom Reichstag zu befähigen.

Aufrehr russischer Gefangener.

Stettin, 3. Aug. In dem Kriegsgefangenenlager Altdamm überfielen etwa 70 Gefangene die Lagerwache, bemächtigten sich der Gewehre und raubten aus der Waffenkammer weitere 20 Gewehre. Die Hauptwache vertrieb die Rebellen, die auf der Flucht einem Teil der Waffen gewarfen. (In Altdamm waren der Transport russischer Gefangener aus Oesterreich und Belgien untergebracht.)

Internationaler Bergarbeiterkongress.

Genf, 3. Aug. Bei der gestrigen Eröffnung des Bergarbeiterkongresses teilte der Vorsitzende Smillie (England) mit, daß die englischen Bergarbeiter beim Ausbruch des Kriegs die Arbeitseinstellung der Bergarbeiter aller Länder angeragt haben, die Nachricht sei aber aufgehoben worden. Man müsse darauf sehen, daß dies bei einem künftigen Krieg geschehe. In der heutigen Sitzung brachte eine Erklärung gegen die deutschen Bergarbeiter ein, daß sie in einem 1914 veröffentlichten Artikel die Eroberungsabsichten der deutschen Regierung gebilligt haben. Dne erklärte, daß es sich um eine Fälschung handele. Der Antrag wurde darauf zurückgewiesen.

Die englischen Vorschläge bewilligt.

London, 3. Aug. Das Unterhaus hat die Vorschläge für Deutschland nach dem Kohlenabkommen von Spa in Höhe von 5 Millionen Pfund Sterling (100 Mill. Goldmark) einstimmig bewilligt. Lord George sagte, die Einkünfte aus dem Verkauf der deutschen Schiffe, die England zugestimmt seien, werde England gutgeschrieben, während Frankreich seinen Anteil durch die Kohlenlieferungen und durch die ihm überwiesenen Schiffe erhalte.

Die Meinung des Königs Alfons.

Paris, 3. Aug. Der „Matin“ veröffentlicht eine Unterredung, die eine nichtgenannte Persönlichkeit am 2. März 1917 mit dem König Alfons von Spanien gehabt haben soll. Der König habe die Ansicht geäußert, daß die deutsche Heeresleitung ihre Hauptmacht auf der Westfront zusammenziehen und durch die Schweiz durchbrechen werde. Die Veröffentlichung wird fortgesetzt. Es ist unbekannt, ob sie mit Kenntnis des Königs erfolgt ist.

Breslau, 3. Aug. Die Zustände im polnischen Lazarettwesen spotten aller Beschreibung. Die Züge, die in den Grenzstädten eintreffen, sind von Verwundeten und Seuchenkranken überfüllt. Alles fließt von Schmutz und Ungeziefer. Die Verpflegung ist ganz unzureichend, Verbandzeug und Arzneimittel fehlen fast ganz. Die Zahl der Ärzte reicht bei weitem nicht aus, deutsche Ärzte aber werden nicht zugelassen. Im Meer wüten Ruhr und Typhus.

In Oberischlesien fürchtet man, wenn der Waffenstillstand nicht bald zustande kommt, eine Ueberflutung durch Flüchtlinge aus Polen, Militär und Zivilbevölkerung, was eine ungeheure Gefahr bilden würde. Biele glauben, daß die Franzosen diesen Rückzug begünstigen, um das geschlagene polnische Heer auf schlesischem Boden neu zu organisieren. An der Grenze stehen mehrere französische Alpenjägerdivisionen und eine Artilleriebrigade, einige Landwehrbrigaden sind unterwegs.

Wertigeres im Sinne habe, als die einfache Lehrerin zu ihrer Schwägerin zu erheben? Selig zustimmen natürlich. Denn die Frau wollte anscheinend hoch hinaus mit der hübschen Tochter, oder sie bezog nicht so vorsichtig etwaigen Beziehungen zu dem Zimmerherrn vor. Ja, zweifellos war ihr Volkrad Klüven als Schwiegerjohn weniger wünschenswert, denn als Mieter.

Jella sah sie daraufhin noch einmal prüfend an. „hm, hochmütig oder geldtätig sah die Frau mit den feinen ruhigen Zügen eigentlich nicht aus, nur bedrückt von der Enge kleiner Verhältnisse. Daß sie, von eigener Rot gewarnt, ihren Kindern eine freiere Existenz in sonniger Lebensweite vermuthlich wünschte, wer wollte ihr das verargen?

Aber die Vorzüge eines Mannes, wie Klüven, wogen sie nicht tausendfältig den Mangel äußerer Güter auf? Nun begriff sie diese vorsichtig rechnende Mutter doch wieder nicht. Sie selber, wie hätte sie geahnt, wäre da keine andere Schranke zwischen ihr und Klüven, als die Armut. Dann, während sie die kostbare Stola aus sibirischem Blausch, die sie in der Zimmerwärme abgenommen, wieder zurechtlegte, kam ihr der jähe Gedanke: „Freilich, die könnte er mir nicht kaufen, und alles, was dazu gehört, müßte ich aufgeben. Vermöchte ich das wirklich?“

Ein kleiner Seufzer entglitt ihr. Aber es würde ja niemals zu diesem Entweder-Oder kommen. Würde sie ernsthaft auf die Probe gestellt, dann — ja vielleicht. — Sie schloß die Tulaagrassie der Stola und stand da, jeder Fall die elegante Dame von Welt.

Als die Doktorin sie jetzt mit großer Zuorkommenheit zur Tür geleitete, stürzte ein kleines Blondchen herein, hochrot im Gesicht, die braunen Augen voll zorniger Tränen.

„Mutter.“ schluchzte sie, „Paul will so dumme Bapierrosen in meinen Kranz stecken, und es sollen doch bloß natürliche Blumen sein. Herr Klüven ist doch kein Junge, der mag doch bloß was richtig Feines. Und es ist doch mein Kranz — und ich will ihn doch ganz alleine schenken.“

„Kind, Kind, wer wird so ungetümm sein. Siehst du nicht, daß Besuch da ist? Sag' erst mal guten Tag.“

Die Kleine kniffte gebarim, zeigte aber sonst nicht das mindeste Interesse für den seltenen feinen Besuch. Sie reichte sofort wieder die Mutter an: „Du nimmst gleich die letzten Blumen wieder raus, ja?“

Deutscher Reichstag.

Berlin, 2. Aug.

Eine ausgedehnte Aussprache im Reichstag rief heute die Beratung der Anträge auf Verlegung eines Amnestiegesetzes hervor. Von sozialdemokratischer Seite war beantragt, eine allgemeine Amnestie (Strafnachlass bzw. Einstellung der Strafverfahren) für politische Vergehen wie Aufrühr usw. zu erlassen. Die Regierungsparteien (Zentrum, Demokratie und Deutsche Volkspartei) befürworteten eine Amnestie, wonach Straftaten bei der Abwehr hochverrätherischer Untertriebe gegen das Reich und die Mitwirkung an solchen Unternehmungen straflos gelassen werden sollen — mit Ausnahme der Urheber und Führer. Rapp und sein engerer Kreis solle also von der Amnestie ausgeschlossen bleiben. Die äußerste Linke war für vollkommene Amnestie in weitestem Sinn. Die Deutschnationalen wollten die „Führer“ ebenfalls der Wohltat des Gesetzes teilhaftig werden lassen. Die Regierungsparteien sträubten sich dagegen, auf der einen Seite gemeine Verbrechen straflos zu lassen, auf der anderen Seite die „Rädelführer“ der Strafe zu entziehen. Es könne mit dem Amnestieantrag nicht ins Endlose so weitergehen, sonst müßte die Staatsautorität notwendig schweren Schaden nehmen. Viele Abgeordnete stimmten dem Amnestieantrag nur deshalb zu, weil, wie der Abg. D. Kahl sagte, mit der Vergangenheit nun einmal Schluss gemacht werden soll. Der Antrag der Regierungsparteien wurde dann auch angenommen. Es sollen also nach dem Gesetz straflos bleiben Straftaten, die zur Abwehr eines hochverrätherischen Unternehmens gegen das Reich begangen worden sind und ferner Personen, die an einem solchen Unternehmen mitgewirkt haben, sofern sie nicht Urheber oder Führer dabei gewesen sind. Straffrei sind endlich Handlungen, die im Zusammenhang mit dem hochverrätherischen Unternehmen oder seiner Abwehr begangen worden sind. Straffällig bleiben dagegen Verbrechen gegen das Leben, schwere Körperverletzung, schwerer Raub und Brandstiftung. Von Wichtigkeit ist aber, daß diese Bestimmungen nur in Betracht kommen, soweit es sich um Straftaten gegen das Reich handelt. Den Einzelstaaten z. B. Bayern bleibt es unbenommen, bei hochverrätherischen Unternehmungen gegen die Einzelstaaten den Strafgesetzen freien Lauf zu lassen. Selbstverständlich besteht sich das Gesetz nur auf Straftaten, die bis zu seiner Veröffentlichung begangen sind, nicht auf solche, die in Zukunft begangen werden.

Mit Befriedigung nahm der Reichstag Kenntnis von dem Kredit- und Kohlenabkommen mit Holland, das in allen drei Lesungen einstimmig angenommen wurde.

Abg. Pöhlner (Dem.): Die Tatsache, daß die U. S. B. des Rapp-Busses sich durch die Flucht der Verantwortlichen entzogen haben, macht sie unwürdig der Amnestie. (Sehr richtig bei den Demokraten.) Mein Entreten für eine allgemeine Amnestie habe ich allerdings Rapp gegenüber in Aussicht gestellt. Als aber die unersetzliche bedingungslos Kapitalisation verweigert wurde, habe ich dieses Versprechen wieder zurückgezogen.

Abg. Emminger (Bayer. Sp.): Amnestien führen zur Untergrabung der Autorität der Gerichte. Wir haben daher in Bayern das System der bedingten Begnadigung vorgezogen.

Abg. Steffemann (D. Sp.): Ich stimme persönlich für den Antrag der Deutschnationalen, weil ich an den Verhandlungen während der Kappzeit teilgenommen und auch die Forderung des Entretens für ein allgemeines Amnestiegesetz gegeben habe.

Abg. Ludwig (U. S. B.): Das Abwehrunternehmen gegen die Kappleute war doch kein Langzughen. Will man die Leute eingesperrt halten, die dabei über die Stränge geschlagen haben? Justizminister Heineke: Die Führer und Urheber von Abwehrunternehmen gegen den Hochverrat sind nicht von der Amnestie ausgeschlossen.

Abg. Böhm (D. Nat. Sp.): Wir waren bei den Verhandlungen mit Rapp darüber einig, daß ein allgemeines Amnestiegesetz vorgelegt werden solle und daraufhin hat Lüthrich sich bereit erklärt, das ganze militärische Unternehmen einzustellen.

„Ich werde mir den Kranz später ansehen, Susse. Du brauchst deshalb nicht zu weinen, sollst auch nicht so ungebärdig sein.“

Trotz der Rüge strich Frau Overlach dem erroteten Kind mild über das krause Haar.

„Das ist nun ein kleiner Soufwind,“ bemerkte sie lächelnd, „der will immer gleich alles einreisen, man kann nicht früh genug wehren. Sie anädige Frau, mit Ihrem einen Jungen wissen wohl kaum, wie einem die kleine Bande oft zulehen kann.“

Jella lächelte amüsiert. „Ein Engelskind ist mein Harald auch nicht immer. Er hat seine Unarten. Da soll nun Fräulein Annelise eingreifen, wenn Rutthen zu nachsichtig ist.“

Susse horchte auf. „Annelise ist immer gut.“

„So hast du deine Schwester gewiß sehr lieb?“

Das verneinte kleine Gesicht war plötzlich ein Strahlen.

„Müchtig. Die andern muß man ja liebhaben, weil es Geschwister sind. Annelise hab' ich von ganz alleine lieb, und dann — Herr Klüven.“

Die Damen lachten.

„Ein offenes Bekenntnis,“ meinte die Mutter, aber sie sagte es nicht ohne Kopfschütteln.

Jella hingegen maß die ungefährliche kleine Rivalin mit zärtlichem Blick.

„Ihr Mieter hat warme Fürsprache, Frau Doktor.“

Schon deshalb dürfen Sie ihn nicht herauswerfen.“

„Zumal sie sonst unbedenklich ist,“ scherzte jene. „Ja, da ist große Freundschaft zwischen ihm und meiner Jüngsten.“

„herr Klüven kommt nun heut von seiner russischen Reite zurück, und da möchte ihm unsere Susse durchaus einen Kranz über seine Tür hängen. Ich will ihr die Freude nicht nehmen, weil sie aus eigenem Antriebe ihre Sparpiennige dafür hingab. Man weiß ja, daß Kinder im allgemeinen eher nehmen als geben, deshalb soll man die seltenere Uneigennützigkeit nicht einschränken, meine ich.“

Susse durfte also ihren Kranz besorgen. Die Mutterfrau hat ihr das nötige Tannengrün beschafft — für Vorberzweige reichte der Fonds doch nicht, und die erwartet herr Klüven auch nicht.“

Fortsetzung folgt.

Leserbriefe.

So lang die Loren nicht aus dieser Welt verschwinden, Wird unter ihnen stets sein Brot ein Kluger finden.

Im Zuge der Not.

Roman von G. Drexler.

(36. Fortsetzung.)

Nachdruck verboten.

Vor diesen Neusehsten aber schreckte sie noch zurück. Nein, nein, dahin sollte es nicht kommen. So weit ging sie nicht. Sothar sollte nicht überdies ihren Hochsinn anerkennen haben. Wer aber durfte verlangen, daß sie neidlos zusah, wenn zwei Glückliche sich fanden, daß sie vielleicht gar ihrer Vereinerung die Hand bieten solle? Nein, auch dessen war sie nicht fähig. Ein wahrhaftiges Heldentum war's gewesen. Mühte sie selber ewig durften nach dem Bittertrank der Liebe, so sollten auch jene nicht an den Quellen des Lebens trinken, nicht, soweit sie es verhindern konnte.

Während ihr diese wilden Gedanken durch den Sinn stürzten, sprach sie mit lächelnder Bereitwilligkeit: „So wäre es das beste, Fräulein Annelise stiege erst gar nicht ab bei Ihnen, sondern käme direkt zu mir, vorausgesetzt immer, daß sie überhaupt Lust hätte, meinen Vorschlag anzunehmen.“

„Fräulein, anädige Frau. Ja, bin dafür, und Annelise ist bei aller Selbständigkeit doch eine zu gute Tochter, um nicht noch immer gern mütterlichen Rat anzunehmen. Wenn Sie gestatten, schreibe ich ihr sogleich. Sie dürften dann einer baldigen zulegenden Antwort gewiß sein.“

„Wollen Sie, bitte, bemerken, daß ich geneigt sei, Fräulein Overlachs jetziges Gehalt gern zu überschreiten, weil mir wirklich daran liegt, sie an uns zu fesseln und ich sie völlig zufriedener leben möchte.“

Damit ergab sich Frau Jella. Sie hatte die Ueberzeugung, erfolgreich gewesen zu sein und Freude bereitet zu haben, denn das bekümmerte Gesicht der blauen Frau hatte sich völlig aufgehellt. Was würde sie erst lauten, wenn sie sah, daß die Kommerzienrätin Brüggel nichts

von Detmold (Rom): Die veranlagten Appellanten sind jetzt an der Macht. Sie wollen nur deshalb keine allgemeine Amnestie gewähren, damit nicht die im Reich schmachtvollen befreiten Arbeitervertreter in Freiheit kommen.

In der zweiten Lesung wird der Antrag der Unabhängigen gegen die Stimmen der beiden sozialistischen Parteien, der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der Antrag der Koalitionsparteien wird gegen die Deutschnationalen angenommen.

Darauf wird die zweite Beratung des ergänzenden Haushalts fortgesetzt.

Der Haushalt des Ministeriums des Innern wird ohne Erweiterung bewilligt.

Beim Haushalt des Reichswehrministeriums (s. erst. Abg. Schäpflin (S.)) eine Verminderung der Zahl der Generale und Obersten.

Reichswehrminister Dr. Gessler: Die junge Reichswehr ist in voller Umbildung und gerade während der Uebergangszeit bedürfen wir noch einer größeren Zahl erfahrener Offiziere.

Nach weiterer Aussprache wird der Wehrhaushalt bewilligt, ebenso der Haushalt des Schatzministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und des Finanzministeriums.

Finanzminister Dr. Brüch: Wir haben jetzt 238 Milliarden Schulden im Reich, wozu noch 3 Milliarden für die Eisenbahnübernahme kommen.

Beim Haushalt des Auswärtigen Amtes befürwortet Herr Dr. v. Versmör (D.F.P.) die Herausgabe einer übersichtlichen kurzen Volksausgabe der Hauptbestimmungen des Versailleser Vertrags.

Minister Dr. Simons erklärt, der Antrag gern aufzuprehen zu wollen.

Herr Dr. Breitscheid (U.S.P.): Ist es richtig, daß erneut Versuche gemacht worden sind, Selbstkötze durch Deutschland nach Polen zu fuhren?

Minister Dr. Simons: Wir werden jeden Versuch, die Neutralität Deutschlands zu verletzen, zurückweisen. Den Transportschiffen bin ich dankbar für ihre Mitwirkung. Unbesonnenen Schritte können aber einen Kriegszustand nach sich ziehen.

Auch ich würde es für sehr bedauerlich halten, wenn der Verband versuchen sollte, die Ostfragen ohne Mitwirkung von Deutschland zu regeln. Mit Rücksicht auf die Mitwirkung von Deutschland schließe ich die Ueberzeugung ab, daß es sich auch gegen den Verband durchsetzt. Vor allen Dingen werden wir uns nicht um des Volksverbands willen als Landbesitzer für kriegerische Absichten des Verbandes nützen lassen.

Auch dieser Haushalt wird bewilligt, ebenso das Rahmengesetz (Kriegsgesetz), wonach frei werdende Beamtenstellen vorzugsweise mit entbehrlich gewordenen Beamten anderer Verwaltungen zu besetzen sind.

Berlin, 3. Aug.

In Beantwortung von Anfragen teilt die Regierung mit, daß die Berliner Einwohnerversammlung aufgelöst sei. Die Wahlen sind der Sicherheitspolizei übergeben. Monatszulagen wie alle Entschädigungen für Dienstkaufleute sind dem Staat abzugeben nicht unterzuerkennen, unbeschadet der Berechnung bei der endgültigen Veranlagung der Einkommensteuer.

Der Gesetzentwurf zur Abänderung der Verordnung über Lohnsanktionen vorzulegen im Hinblick auf die Verbesserung der Lebensbedingungen bis heute nicht wünschbare Einkommen. Die Abänderung soll demnach bei Verrenteten bis 5000, bei Ledigen bis 4000 Mark gezogen werden. Ein sozialdemokratischer Antrag fordert die Hinaussetzung der Plandingsgrenze auf 7500 bzw. 6000 Mark. Regierungseits wird dem widersprochen, da weitere Einkommensteuern frei bleiben, wenn Kinder oder sonstige unterstützungsbedürftige Verwandte zu berücksichtigen sind. Der Regierungsentwurf wird unverändert angenommen.

Die Erörterung wird der Entwurf zur Enteignung von Grundbesitz und betreffend die Belegschaftstellung zur Reichs-Rhein-Donau-Kanalisation endgültig angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Entwurfs des Gesetzes.

Herr Lübbert (S.): Wenn die Einwohnerversammlung nicht entlassen wird, werden wir der Vorlage nicht zustimmen.

Minister Koch: Wir wollen durch das Gesetz verhindern, daß ein Teil des Volkes gegen den anderen bewaffnet vorgehen kann. Auf Grund des Ausnahmezustands vorzugehen, würde eine viel größere Beschränkung der Freiheit zur Folge haben. Der Antrag Lübbert ist für die Regierung unannehmbar.

Herr Hofmann-Erdelingshausen (S.): Die Regierung muß das Gesetz rasch durchführen, denn sie trägt die Verantwortung gegenüber der Entente.

Aus Stadt und Land.

Montag, 4. August 1920.

Die Verhandlungen von Spa und unsere Kohlenversorgung. Durch die in allen Tageszeitungen erscheinenden Artikel über unsere künftige Kohlenversorgung ging in letzter Zeit ein Zug der Besorgnis durch, der die Sorge der führenden Persönlichkeiten in der Kohlenfrage erkennen ließ. Die Kohlenabwägung ist in Spa unterschrieben worden und somit haben wir uns darauf einzurichten, wie wir den uns verbleibenden Rest von Kohlen einigermassen den Verhältnissen anpassend verteilen können. Soweit sich die Lage heute überblicken läßt, wird die Versorgung der Industrie und die des Hausbrauchs dieses Jahr sich auskömmlich gestalten, als wie im vergangenen. In Anbetracht dieser Lage kann heute schon nicht genug empfohlen werden, sich möglichst gut für den Winter mit Brennmaterial einzudecken. Dazu kann auch Torf verwendet werden. Durch die Bewirtschaftung des Torfes ist die in Württemberg mögliche Stelle — das Landesbrennstoffamt — besser in der Lage, größere Mengen Brennstoffe durch die gemäß Verfügung des Arbeitsministeriums über Brennstoff vom 29.2.20. (Staatsanz vom 3.8.20. Nr. 52) anerkannten Torfabgabegesellschaften zu einem angeführten Preis von 16 M. pro Ztr. zur Verteilung zu bringen und dürfte der Bezug von diesem gut verwendbaren Brennstoff zu empfehlen sein, zumal sich Kohlen viel höher stellen. Auch wird von dieser Stelle darauf hingewiesen, daß gerade jetzt die geeignetste Zeit zum Bezug des Torfes ist, da im Herbst und Winter die Betriebsverhältnisse der Eisenbahn usw. eine Beförderung desselben nicht mehr ermöglichen.

Vom Kriegerveteran. Der hiesige Kriegerveteran hielt am Sonntag unter dem Vorsitz des Vorstandes Armbruster im Gasthaus z. Kronprinz eine außerordentliche Generalversammlung ab, in welcher insbesondere zum Beitritt in die Bundesversammlung Stellung genommen wurde. Einmütig wurde der Beschluß gefaßt, vom Beitritt zur Bundesversammlung abzusehen und sämtliche Mitglieder des Kriegerveterans in die Bezirkskassendirektion einzuschließen. Dadurch mußte der Beitrag etwas erhöht und auf 70 Pfennig im Monat festgesetzt werden, ein Betrag, der sicher von jedem Mitglied nicht aufzubringen ist. Bei diesem Beitrag sind die Name-

raden in beiden Kassen, sowohl in der hiesigen, wie in der Bezirkskassendirektion verbleiben. Zum Kassier wurde an Stelle des weggezogenen selbsterigen Kupferschmid Paul Frey gewählt.

Bauern auf zur Tat! Der Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft fordert die deutschen Landwirte auf, ihrerseits alles zu tun, um durch Beilegung des Ausdrucks und der Ablieferung die bedrohliche Lage der Brotversorgung zu verbessern. Von den Leistungen der Landwirtschaft hängt das Schicksal des deutschen Volks ab! Alle Verbitterung soll hintangeseht werden gegenüber der Pflicht, dem Vaterland in der Not zu helfen.

In Württemberg wäre es wahrscheinlich zu einer argeu Not gekommen, wenn nicht die Schweiz in dankenswerter Weise rund 2000 Tonnen argentinischer Weizen, der für sie durch Deutschland unterwegs war, an Württemberg abgetreten hätte.

Was der August bringt. Die Steuererklärungen für das Reichsnotopfer sind bis spätestens 28. August den Finanzämtern einzureichen. Die neuen Bestimmungen über die Steuerabzüge bei Löhnen und Gehältern treten am 1. August in Kraft. Vom gleichen Tag ab werden den Kriegshinterbliebenen laufende Teuerungszulagen gewährt, sowie die Erwerbslosenunterstützung nur für die Dauer von 26 Wochen gezahlt. Die Beiträge für die Invalidenversicherung werden mit dem 1. August erhöht. Durch das neue Verbot der Erzeugnisse werden mit dem 1. August die mindertwertigen Erzeugnisse aus dem Verkehr gezogen. Mit dem 1. August wird das Reichskommissariat für Fischereijagd aufgelöst und die Zwangswirtschaft für Margarine, Kampfschiffel und Speiseöl aufgehoben. Die Beschlagahme und die Anzeigepflicht von Luftfahrzeugen sind auf den 5. August festgesetzt worden. Für Telegramme nach dem Ausland tritt mit dem 1. August eine Ermäßigung der Gebühren ein. Mit dem 1. August gelangen neue Eisenbahnfahrkarten zur Verwendung. Ferner sind zu nennen: Der 2. Reichstagsfesttag vom 14. bis 16. August in Leipzig, die Deutsche Dirmesse vom 15. bis 20. in Königsberg i. Pr., die allgemeine Nahrungs- und Genussmittelausstellung (Amaga) vom 15. bis 25. in München, die Tagung der Deutschen Obstbaugesellschaft am 18. und 19. August in Eisenach.

Die Frühlartoffeln sind bereits für den Verkehr freigegeben. Die Einhaltung der Höchstpreise durch die Händler wird aber noch überwacht.

Das Seifenpulver ist vom 1. August an freigegeben, nur die Abgabe von losem Pulver für den gewerblichen Bedarf ist noch einer gewissen Einschränkung unterworfen.

Pässe für Amerika. Die Gebühr sowohl für die Ausstellung eines Reisepasses nach den Vereinigten Staaten wie für den Passrückvermerk beträgt von 1. Juli ab 10 Dollar (360 Mark).

Delwäner. Schieber versuchen den Preis für Oel in die Höhe zu treiben. Man lasse sich aber dadurch nicht heirren. Im Reich sollen für Milliarden Zette lagern, die jetzt nach Aufhebung der Zwangsbeschaffung auf den Markt kommen müssen. Man warte daher ruhig ab.

Erhöhte Anrechnung der Dienstzeit während des Kriegs. Dem Reichstag ist der Entwurf eines Gesetzes über eine erhöhte Anrechnung der während des Kriegs zurückgelegten Dienstzeit zugegangen. Danach wird bei der Berechnung von Ruhegehältern und Renten nach dem Reichsbeamtengesetz von 1907, dem Offiziers-Pensions-Gesetz von 1906 und dem Mannschaften-Versicherungsgesetz von 1906 zu der in den Zeitabschnitten vom 1. August 1914 bis 31. Dezember 1918 im Reichs- oder militärischen Dienst verbrachten Zeit, sofern sie mindestens sechs Monate betragen hat, die Hälfte hinzugerechnet. Nach einem anderen Entwurf, der demnach ebenfalls dem Reichstag zugehen wird, soll allen Beamten, die im Krieg auch als Nichtkriegsteilnehmer Dienst getan haben, auf ihre Befoldungsdienstalter der Zeitraum von 1/2 Kriegsjahren 1/2 jedoch angerechnet werden. Die Bestimmung gilt auch für Lehrer.

Nagold, 3. Aug. Dem Kriegsveteran Hugel wurde in einem hiesigen Sägewerk die rechte Hand weggerissen.

Wiltbad, 31. Juli. Die Kurkarte hat jetzt eine beträchtliche Ermäßigung erfahren. Stargäße, die die Besenimmer und das Kurhaus nicht besuchen wollen, haben ab 1. August nur noch die Hälfte der bisherigen Sätze zu bezahlen, nämlich wöchentlich 10 M., für 3 Wochen und mehr 30 M., ein Ehepaar wöchentlich je 17 M., für 3 Wochen und mehr 50 M. Der Wegfall des amtlichen Zeugnisses für berufstätige Personen und die Herabsetzung der Gebühr für die oberamtliche Erlaubnis auf 5 M. erleichtern weiter den Besuch unseres Bades, so daß jetzt auf zahlreichen Bussen auch aus den Kreisen des Mittelstandes zu hoffen ist. Die Pensions- und Zimmerpreise in den neuen Gasthöfen sind als mäßige zu bezeichnen.

Stuttgart, 3. Aug. (Schlechte Zeiten für die Presse) Die Alltagsgesellschaft „Deutsches Volksblatt“ hielt am 29. Juli ihre 46. Generalversammlung ab. Der Geschäftsbereich des Jahres 1919 schließt das erstmalig seit dem Bestehen der Gesellschaft mit einem Fehlbetrag von 12324,96 Mark ab.

Mähringen O.R. Hoch, 3. Aug. (Fehr. von Wundt f.) Der aus seinen Reichsrechten gegen die frühere Regierung delatante Fehr. Oskar v. Münch, Besitzer von Hohenmähringen und anderer Güter, ist an Langenstaubung in Kranenhaus zu Heilbronn gestorben. Münch war seit 1909 wegen Missetatens endgültig und interniert, er sollte aber jetzt freigesetzt werden.

Vermischtes.

Kuhr. In Malsch (Baden) sind über 400 Personen an Ruhr erkrankt. Verschiedene Familien hat die Seuche schon weggerafft.

Burg Hoheneck. Der Grubenbesitzer Hugo Stinnes hat die am linken Rheinufer bei Nieder-Heimbach gelegene Burg Hoheneck käuflich erworben. Der Kaufpreis beträgt eine Million Mark.

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 2. Aug. (Wochenmarkt.) Nach den Mitteilungen der Zentralermittlungsstelle des Württembergischen Obstbauvereins z. B. in Stuttgart, Ehlingerstraße 15, Telefon 7164, wurde am Samstag die nachstehenden Großhandelspreise (die Zahlen in Klammern) von der amtlichen, von der Stadtoberverwaltung eingesetzten Marktkommission auf dem Stuttgarter Markt ermittelt und die Kleinhandelspreise dementsprechend festgesetzt: Frühäpfel ein Pfund (50-80) 80-100 Pf., Frühbirnen (70-100) 80-120 Pf., Spätkbirnen und Gelbbirnen (120-140) 140-160, Fallobst (15-20) 20-25, Stachelbeeren (60-80) 80-100, Johannisbeeren (60-80) 80-100, Pflaumen (200-250) 220-280, Blaumen (50-70) 60-80, Niederlanden, Zwetschgen (80-100) 100-120, Mirabellen (150-180) 180, Kartoffeln (25-30) 30-35, Süssbohnen (50-70) 60 bis 80, Buschbohnen (40-50) 50-60, Kopsalat ein Stück (10-30) 15-40, Endivien (25-40) 30-50, Wirsing und Kohlkohl 1 Pfund (30) 35, Weiskraut (25) 30, Blumenkohl 1 Stück (70-200) 80-220, Rote Rüben ein Bund (20-25) 25-30, Gelbe Rüben ein Pfund (15-20) 20-25, Zwiebel (30-40) 40-50, Gurken (große) ein Stück (40-150) 50-120, Gurken (Salzgurken) hundert Stück (400-800) 500-1000, Gurken (Eismorgurken) hundert Stück (200-220) 220-240, Kettliche 1 Stück (15-40) 20-50, Sellerie (50-60) 60-70, Kohlrabi (10-15) 15-20, Tomaten 1 Pfund (100-120) 120 bis 140 Pfennig.

Auf dem Obstgroßmarkt war der Verkehr recht lebhaft. Im Vordergrund stehen die Pflaumen. In Leipzig bleibt der Verkauf zurückhaltend. Birnen gehen zu jedem Preis und in jeder Verlosung ab. Die Preise wurden im allgemeinen gehalten; preistreibend wirken die Zwischenmärkte und der Einkauf einiger Großhändler gerade der besten und begehrtesten Ware vom Versandt nach auswärts. Die Zufuhr weiterer Früchte beginnt wieder überhand zu nehmen, was verschiedentlich teilweise Einseitigkeiten nötig machte. Die Kontrolle bezüglich Einhaltung der Kleinhandelspreise wird zusehends energischer durchgeführt, die wohlthuende Rückwirkung auf den Großmarkt ist nicht zu verkennen. Die ersten vollreifen Treibhaustrauben wurden zu 6 Mark das Pfund von einem hiesigen Händler verkauft. Der Gemüsemarkt gewinnt bei reichlicher Zufuhr Stetigkeit. Pilze kommen spärlich, Preis 1,20 bis 1,50 Mark das Pfund. Ein Kiesen-Bonnet wag fünf Pfund.

Stuttgart, 3. Aug. (Hundemarkt.) Der Hundemarkt war mit 22 Tieren aller Rassen besetzt. Junge Hunde wurden mit 80 bis 200 Mark bezahlt.

Vom Büchertisch.

Der Zwischenschlüssel. Herausgegeben von Hans Bremer unter Mitwirkung vieler Sonderredakteure. In haben in der W. Kieck'schen Buchhandlung in Ulm erschienen.

Letzte Nachrichten.

Für die Abänderung des Friedensvertrags.

Genf, 3. Aug. In der Entschliebung des Ausschusses für die Abänderung des Friedensvertrags: Der Internationale Sozialistenkongress stellt fest, daß der Vertrag von Versailles und die Verträge, die ihm gefolgt sind, die Welt in einem Zustand der Unsicherheit und Verunsicherung gelassen haben, in einem viel weniger ruhigeren Zustand, als er vor dem Krieg von 1914 war. Dieser Zustand führt zum Wachsstum des Militarismus. Den Völkern können die arbeitenden Klassen nicht mit Feindseligkeit und Gleichgültigkeit behagen, aber sie haben die Verpflichtung, das Ungenügende und Unvollständige dieses Völkerbunds herzustellen, dessen verdammenwürdigste Bestimmung die Anerkennung des Rechts auf Krieg ist. Der Völkerbund kann nur eine Sicherung des Friedens sein, wenn er zu einem internationalen Organismus wird, der alle Völker ohne jede Ausnahme zusammenfaßt, und wenn durch die Schaffung einer internationalen Polizei die allgemeine Entwaffnung aller Völker zu Lande und zu Wasser durchzuführen wäre. Inwieweit ist die Ausdehnung seiner Befugnisse hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe, der Transportmittel und auch der finanziellen Kriegslasten, die nicht bloß zum großen Teil zu Lasten der Nationen gehen können, die am meisten unter der Last des Kriegs gelitten haben. Der Völkerbund wird, so verbessert und vervollständigt, das natürliche Werkzeug abgeben für die notwendige Umwandlung des Friedens von Versailles in einen gerechten und dauerhaften Frieden. Festhaltend an den Grundsätzen der Wiedergutmachung wird er eine gerechte Anwendung ermöglichen, in der Art, daß den Völkern Mitteleuropas die Mittel gegeben werden, sich in gemeinsamem Interesse der Welt wieder zu erholen. Er wird die Landesgrenzen, die durch den Friedensvertrag festgelegt worden sind, durch Grenzen ersetzen, die den frei ausgesprochenen Wünschen der Völker entsprechen. Der internationale Kongress fordert daher die sozialistischen Parteien der einzelnen Länder auf, alle ihre Anstrengungen darauf zu richten, ihren Delegierten in die gegenwärtige Organisation des Völkerbunds Eingang zu verschaffen, um auf diese Weise seine innere Zusammensetzung zu ändern und seine Befugnisse zu erweitern, um die Garantien zu schaffen, für die Ueber einstimmung aller Völker, die gleichmäßig an der Erhaltung des Friedens interessiert sind. In einem so gesicherten Friedenszustand wird das ganze Weltvölkerariat, befreit von dem Andruck des Kriegs und von den Geiseln der Rüstungen, seine Anstrengungen für seine vollständige Befreiung bis zum endgültigen Ziel fortsetzen können.

WTB. Paris, 4. Aug. „Journal des Debats“ berichtet, Lafont habe in Warschau mit Minister Daszynski gesprochen, der erklärt habe, Polen wolle die Friedensverhandlungen mit Rußland hinausschieben, um Zeit zu gewinnen, neue Truppen auszubilden. Da er diese Tatsache verheimlicht hat, sei Lafont als ein Feind Rußlands angesehen und seine Rückweisung verfügt worden.

WTB. Rom, 4. Aug. Ein Funkpruch aus Rußland meldet vom 3. August, daß der französische Abgeordnete Ernest Lafont auf Befehl Trojki's aufgefordert wurde, Rußland zu verlassen.

WTB. Paris, 4. Aug. In der Rede Lafont's aus Rußland sagt der „Temps“, Trojki werfe Lafont vor, mit der französischen Militärmission in Warschau in Verbindung gestanden und der russischen Regierung wichtige Angaben gemacht zu haben.

WTB. Berlin, 4. Aug. Die „Deutsche Allgem. Ztg.“ gibt eine Mitteilung des Kopenhagener Blattes „Berlingske Tidende“ wieder, daß General Pilsudski die Oberleitung des polnischen Heeres an die Frau Josef abzugeben habe.

WTB. London, 4. Aug. Ein Moskauer Funkpruch meldet die Bildung eines revolutionären Komitees in Warschau mit Jalen Martlewski als Präsidenten. Dieses Komitee soll an die Arbeiter Polens, dessen Arbeiterklasse zur Erhebung gegen die bürgerliche Regierung Pilsudski aufgefordert wurde, ein Manifest gerichtet haben. — (Da die Nachricht von polnischer Seite nicht bestätigt wird, muß sie mit allem Vorbehalt aufgenommen werden.)

WTB. London, 4. Aug. Ein Moskauer Funkpruch übermittelt folgenden russischen Bericht: Im Abschnitt von Komar haben wir diese Stadt besetzt. Südwestlich von Bialystok haben unsere Truppen nach heftigen Kämpfen den Narow Übergang erzwungen. Sie setzen ihren Vormarsch fort. Nach heftigen Kämpfen haben wir am 1. August Brest Litowsk gewonnen. In der Gegend von Sibir sind hartnäckige Kämpfe im Gange. Bei Larnopol haben wir die Polen vom rechten Ufer vertrieben.

Im Arim Abschnitt sind heftige Kämpfe in der Gegend des Flusses Konstala im Gange.

WTB. Berlin, 3. August. Nach einer Wiener Mitteilung der Hoff. Zeitung meldete die polnische Waffenstillstandskommission am 2. 8. dem polnischen Minister des Äußern aus Moskau, daß der Vertreter des Sowjetkommandos in Baranowitsch ihr mitgeteilt habe, daß die Sowjetregierung nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden verhandeln wolle. Diese erweiterten Verhandlungen sollen am 4. 8. in Wien beginnen. Da die Waffenstillstandsabordnung keine ausreichen den Vollmachten für die Friedensverhandlungen besaß, haben die Sowjetvertreter, man möge entweder die polnischen Vollmachten erweitern oder mit neuen Vollmachten versehene Delegierte senden.

WTB. London, 3. Aug. (Newer.) Ein Moskauer Funkpruch meldet: Die Waffenstillstandsverhandlungen sind ausgesetzt worden. Die polnischen Delegierten kehren nach Warschau zurück, um von ihrer Regierung die Ermächtigung zur Erhaltung nicht nur zur Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags, sondern auch der grundlegenden Friedensbedingungen, die die Sowjetregierung aufgestellt hat.

WTB. Amsterdam, 3. Aug. Nach einer Londoner Mitteilung aus Moskau mühen die finnisch-russischen Friedensverhandlungen, die am 27. Juli in Dorpat wieder aufgenommen worden waren, wegen entstandener Schwierigkeiten wieder ausgesetzt zu werden.

WTB. Königsberg, 3. Aug. Der unverändert andauernde Transportarbeiterstreik hat das Postamt veranlaßt, die für den 15. August angefordigte Deutsche Postliste zu versetzen und diese unumgedruckt vom 26. Sept. bis 1. Oktober abzuhalten.

WTB. Berlin, 3. Aug. Den Abendblättern zufolge wünschte eine Kommission der Eisenbahnerorganisationen vom Minister Gröner eine Stellungnahme zu den Transportarbeiten durch Deutschland. Sie verlangt, daß auch das Anwärteramt gegen die Entenetransporte protestiere und daß die Regierung selbst unter Verhelfe der

Eisenbahnervertretungen die Ueberwachung der Bahnstrecken übernehme. Der Minister erklärte wiederholt, daß Deutschland durch gewisse Abmachungen gebunden sei und den Transport von Truppen und Deeresmaterialis der Entente nicht ohne weiteres zu untersagen könne.

WTB. San Sebastian, 4. Aug. (Havas.) Die öffentliche Sitzung des Völkerbundsrats wurde gestern Vormittag um 11 Uhr eröffnet.

WTB. Berlin, 4. Aug. Wie die Morgenblätter aus P'itou melden, ist der dortige Gewerkschaft im Abstimmen begriffen. Die Zeitungen können wieder erscheinen. Das Kraftwerk ist bereits in Betrieb. Nach der Bahnverkehr ist zum Teil wieder aufgenommen.

WTB. Berlin, 4. Aug. Wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ aus Düsseldorf meldet, hat der bereits angekündigte Schlußakt der zu einem Verband zusammengeschlossenen Freigeistigen Vereine gestern begonnen.

WTB. Berlin, 4. Juli. Der Berliner Magistratskommissar für die Kriegsbefähigten erklärt eine Bekanntmachung, die die Schließung der amtlichen Fürsorge-Büro vorzieht, infolge des häufig in Geheimweg tretenden Verhaltens dieser Geschäftler, die durch Bedrohung von Leib und Leben, sowie durch Gewalt gegenüber den in der Mehrzahl selbst schwer kriegsschädigten Angestellten widerrechtlich Unterstützung zu erlangen versuchen.

Wetter.

Der Hochdruck wird der Störung wieder Herr. Am Donnerstag und Freitag ist vorwiegend trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Baul, Druck und Verlag der W. Kiepersich'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Unsere Zeitung bestellen!

Ämtliche Bekanntmachungen.

Säbstoff.

Säbstoff in H- und G-Packung wird in sämtlichen Apotheken und Drogerien des Bezirks zum Preise von M. 1.— und M. 7.40 abgegeben.

Ragold, den 2. August 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

Bewirtschaftung der Baustoffe und Bautenprüfung.

Durch Verordnung und Verfügung des Arbeitsministeriums vom 21. 7. 20 ist die Bewirtschaftung der Baustoffe und die Bautenprüfung neu geregelt worden. Hieraus werden Interessenten mit dem Anfügen aufmerksam gemacht, daß die neue Verordnung und Verfügung enthaltende Nummer 169 des Staatsanzeigers vom 23. 7. 20 auf dem Rathaus eingesehen werden kann.

Ragold, den 2. August 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

Taubenschlagsperr.

Die Ortspolizeibehörden werden beauftragt, mit Rücksicht auf die Nahrungsmittelversorgung, Anordnungen dahingehend zu treffen, daß zur Verhütung jeder Schädigung die Tauben über die Dauer der Ernte eingesperrt zu halten sind. (Vgl. Art. 34 Absatz 1 Ziffer 1 des Württ. Polizeistrafgesetzes). Bei Erlassung dieser Anordnungen haben die Ortspolizeibehörden nicht bloß auf die Verhältnisse der eigenen Markung, sondern auch auf diejenigen der Nachbargemeinden Rücksicht zu nehmen, auch wenn diese nicht zum eigenen Oberamtsbezirk gehören. Wo ortspolizeiliche Vorschriften in dieser Hinsicht schon bestehen, bedarf es weiterer Anordnungen nicht; dagegen ist mit Nachdruck auf deren Einhaltung zu dringen.

Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß unter den jetzigen Verhältnissen die Sperrung ohne weiteres und unbeschränkt auf alle Tauben ausgedehnt werden kann.

Das Abschließen von Tauben während der Sperrzeit ist daher zulässig.

Ragold, den 3. August 1920. Oberamt: Bögel, Amtmann A.B.

Verkaufe morgen Donnerstag, den 5. August im Rathaus z. Waldhorn in Ragold einen großen Transport schöne starke

Läufer-schweine



Gewicht bis zu 50 Pfd. Für gesunde, feuchtsfreie Tiere wird garantiert.

Die Preise sind wieder wesentlich zurückgegangen.

Stickel, Schweinehändler.

Altensteig.

Empfehle zu den alten billigen Preisen prima Heilbronner

Speise-Salz

rein-weißes Siede-Salz M. 30.— per Zentner
grau-weißes Stein-Salz „ 22.—
je einschließlich neuem gutem Papier gewaschen.

Prima Viehsalz in Papiersäcken zu M. 15.— per Zentner.

E. W. Luz Nachfolger
Geig. Müller jr.

**Jugendgruppe der D. demokr. Partei
Lejestoff**

kann jederzeit beim Schriftführer abgeholt werden.
Der Vorstand.

Selbstgebrannt
**Kaffee
Malzkaffee**
bei
**Fritz Flaig
Altensteig**

Guten
Most
kann noch abgeben
Kneff, Spielberg.

Egenhausen.
**Kunsthonig
Sorghobesen
Kernseife
Schuhfett
Bodenöl
Kerzen**

empfehlen
**Georg Rath
Bäckerei u. Handlung.**

Loise
der Holtweiler
Seld-Posterie
Preis 2 Mark
Ziehung am 8. August.
Zu haben in der
W. Kiepersich'schen Buchh.
Eine starke erstklass. hochtracht.

Ralbin
(Gelbschaf)
verkauft
**Johs. Lamparth jr.
Gerrweiler.**

Ehel. fleiß.
Mädchen
das schon gebiert, in kl. Haushalt in Nähe Stuttgart. sof. od. später b. gut. Behandlg. gef. Vorzuzieh. Sonntag 8. Aug. b. **Dr. Stähle, Ragold, Halterbacherstr.**

Für sofort oder später wird fleißiges
Mädchen
für Küche u. Zimmerarbeiten bei hohem Lohn und guter Verpflegung gesucht.

**Neue Handelsschule
Calw.**

**Alle Tierarzneimittel
Futterkalk
Fresspulver**

und
Krampfmittel für Schweine
liefert in anerkannt guter Qual.

**Schwarzwalddrogerie
+ Altensteig +
Telefon 41.**

**Ludwig Brenner
Rehger d. „Waldhorn“ in
Altensteig**

verkauft ein
Pferd
schwarzbr. Stute
7jährig, gut im Zug.

Stimmundwecker.
Unterzeichnete feht eine junge fehlerfreie

Rug- und Schafhuh

unter 3 die Wahl, dem Verkauf aus
Joh. Georg Raff.

Egenhausen.
2 starke

Läufer-schweine
hat zu verkaufen
Christian Raff.

Hochdorf.

Langholz-Verkauf.

Am Samstag, den 7. August d. J. vormittags 10 Uhr, kommen aus den dies. Gemeindegewaldungen Abtl. Kriegswald und Forstenhalde



93 Fm. Fichte-Langholz
auf dem Rathaus zum Verkauf.
Liebhaber werden eingeladen.
Den 2. August 1920.

Gemeinderat.

Altensteig.

Teile meiner werthen Rundschau mit, daß die Formen zum

Neufassonnieren von Damenhüten

für Herbst und Winter eingetroffen sind, und bitte um frühzeitige Aufgabe der Bestellungen. Diese können in kürzester Frist erledigt werden, während später mit unliebsamen Verzögerungen zu rechnen ist.

Ältere Hüte werden durch das Umfassonnieren wie neu und bedeutet dies bei den heutigen hohen Preisen für Filz- und Velourhüte eine große Ersparnis.

Christiane Schmidt
Puggschäft.

Egenhausen.

Billige Bezugsquelle für Brautleute!

Bringe sofort zum Verkauf:

Einige Paar neue Bettröste

sowie

einen neuen Plüschdivan

Weitere Bestellungen nimmt der Unterzeichnete entgegen.

Gg. Raich, Sattler u. Tapezier.

Ein Altes

Chaisengeschirr

verkauft des Obige.

Großen Posten Zigarren

nur gute Ware, verkauft zu herabgesetzten Preisen bei Abnahme von 50 Stück Zigarren-Spezial-Geschäft

Otto Steegmüller • Ragold.

